

Eil-Antrag

zur Sitzung des Student*innenRates am 24.10.2023

Antragsteller*innen: Kilian Fürstenau (SDS Leipzig), Die LINKE.SDS Leipzig, Jüdisch-israelischer Dissens (JID) Leipzig, Handala Leipzig, BiPoc Hochschulgruppe, Referat für Antirassismus, Referat für nachhaltige Mobilität, Beauftragungsstelle für Antifaschismus

Antragsgegenstand: Stellungnahme zum Krieg in Israel und Palästina

TOP: Hochschulpolitik, Studentisches Leben, Politische Bildung

Begründung der Eile: Der Antrag „Keine Zusammenarbeit mit Unterstützer*innen des Terrorismus“ erreichte uns erst am 19.10.2023. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag:

1 Der Student*innenRat der Universität Leipzig möge die 9 folgenden Punkte beschließen:
2

3

4 1. Der Student*innenRat gedenkt der Opfer des Krieges in Israel und Palästina und
5 spricht den Angehörigen ihr tiefes Mitgefühl aus. In Deutschland leben viele Men-
6 schen mit israelischen und palästinensischen Hintergrund oder haben familiären und
7 freundschaftlichen Bezug in die Region; unsere Gedanken sind bei unseren Kommili-
8 ton*innen und Mitmenschen, die in Sorge und Trauer um ihre verschleppten, verletz-
9 ten und getöteten Angehörige, Freund*innen und Bekannte sind, und weiterhin um
10 das Leben ihrer Familien und Freund*innen bangen müssen.

11

12 2. Der Student*innenRat verurteilt die Attacken der Hamas auf Zivilist*innen in Israel.
13 Die Angriffe auf Zivilist*innen, ihre Ermordung und Entführung sind Kriegsverbrechen.
14 Der Student*innenRat fordert die Freilassung der Geiseln und das Ende der Bombar-
15 dements aus Gaza.

16

17 3. Der Student*innenRat verurteilt die israelischen Bombardements, denen Zivilist*in-
18 nen im Gazastreifen schutzlos ausgeliefert sind. Vermeintlich sichere Fluchtrouten
19 und Schutzorte werden bombardiert. Auch die Blockade von Lebensnotwendigkeiten
20 für die gesamte Bevölkerung des Gazastreifen - inklusive Wasser, Lebensmittel,
21 Treibstoff und Strom - nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselhaft. Die Bombarde-
22 ments von Krankenhäusern und Schulen stellen laut UN-OHCHR Expert*innen ein
23 Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

24

25 4. Der Student*innenRat steht solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräf-
26 te, die sich für eine friedliche Lösung des Krieges und der menschenrechtlichen Lage
27 im Nahen Osten einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in der alle Menschen in
28 dieser Region in Frieden, Würde, Gleichheit und Sicherheit zusammenleben können.

29

30 5. Der Student*innenRat kritisiert die pauschalen Demonstrationsverbote im Zusam-
31 menhang mit der Palästina-Solidarität hierzulande und die daraus resultierenden
32 massiven Grundrechtseinschränkungen.

33

34 6. Der Student*innenRat setzt sich für die Sicherheit von Jüd*innen und Juden in
35 Deutschland ein. Diese werden durch antisemitische Ausschreitungen wie zuletzt

36 den Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin sowie einen fortschreitenden
37 Rechtsruck bedroht und müssen vor diesen geschützt sein.

38

39 7. Der Student*innenRat stellt sich dem Versuch aus Politik und Medien entgegen,
40 Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland zu stigmatisieren und sie rassis-
41 tischen Diffamierungen auszusetzen. Der Student*innenRat stellt sich vor allem ge-
42 gen den Versuch, Solidarität mit jüdischen und palästinensischen, arabischen und
43 bzw. oder muslimischen Menschen gegeneinander auszuspielen.

44

45 8. Der Student*innenRat wird nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus,
46 Rassismus und jede andere Form rassistischer Diskriminierung. Weder sind jüdische
47 Menschen für die Bombardierung von Gaza und der Politik der rechten Regierung in
48 Israel verantwortlich, noch Muslim*innen und bzw oder Palästinenser*innen für die
49 Taten der Hamas.

50

51 9. Der Student*innenRat wird differenzierte und kritische Veranstaltungen fördern, um
52 umfassend Aufklärung über die realen Lebensbedingungen vor Ort in Israel und Pa-
53 lästina zu betreiben. Dabei stützt er sich u.a. auch auf den im Februar 2022 veröf-
54 fentlichten Bericht von Amnesty International und fördert kritisch differenzierte Wis-
55 senschaft in Zusammenarbeit mit den StuRa AGs.

Antragsbegründung:

Die Bilder der vergangenen Tage aus Israel und Palästina - Bilder der über 5.000 bis-
her getöteten Menschen haben in uns allen tiefe Trauer ausgelöst. Die Antragstellenden sprechen den Angehörigen ihr tief empfundenes Beileid aus.

Geschehnisse seit dem 7. Oktober

In den frühen Morgenstunden des Samstags, 7. Oktober, führte Hamas den größten koordinierten Angriff auf Israel in den letzten 50 Jahren durch und feuerte fast 5.000 Raketen ab während Hunderte Kämpfer militärische und zivile Gebiete im südlichen Teil des Landes in der Nähe des Gazastreifens angriffen. Dies führte zu mehr als 1400 getöteten Menschen, mehr als 3400 Verletzten und der Gefangennahme von Dutzenden israelischen Soldaten und Zivilisten als Geiseln. Als Reaktion erklärte die ultrarechte israelische Regierung den Krieg gegen den Gazastreifen. Ein Gebiet, das laut der UN seit 2020 unbewohnbar ist. Der Sprecher der IDF, der israelischen Armee, kündigte die militärische Evakuierung von Städten in der Nähe der Grenze zum Gazastreifen an. Die israelische Regierung setzt die umfassende Blockade seit dem 09. Oktober durch und unterbricht somit die Versorgung der mehr als zwei Millionen Einwohner:innen des Gazastreifens mit Strom, Treibstoff und allen lebensnotwendigen Gütern unterbrochen.

„Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend“, sagte Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant. Dies sind die Vorbereitungen für die von Netanjahu angekündigte „offensive Phase, die ohne Unterlass und ohne Pause fortgesetzt wird, bis die Ziele erreicht sind“. Der israelische Premierminister erklärte, die israelische Armee werde „all ihre Macht“ einsetzen, und forderte die Palästinenser:innen auf, den Gazastreifen zu verlassen, und warnte, sie werde die Einrichtungen in dem Gebiet „in Schutt und Asche“ legen. Die Menschen haben jedoch keine Möglichkeiten, aus dem Gazastreifen zu fliehen.

Innerhalb der nächsten 6 Tage ließ Israel über 6000 Bomben auf den Gazastreifen abfeuern. Diese Bomben töteten Stand 22.10.2023 über 4.000 Palästinenser:innen, darunter über 1.700 Kinder. Eine Bodeninvasion Israels in Gaza bedeutet ein weiteres Massaker und weitere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlich-

keit. In Anerkennung und unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Lage müssen wir als Studierendenschaft entschieden dieser Gewalteskalation entgegenreten!

Weitere Begründung erfolgt a.g. der Frist mündlich.